

E-03 Kurs Zukunft – sozial gerecht aus der fossilen Abhängigkeit

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 14.10.2025
Tagesordnungspunkt: E Klima & Energie

Antragstext

Klimaschutz ist nicht weniger als ein Versprechen an unsere Kinder und Enkel, in einer Welt aufzuwachsen, in der man saubere Luft atmen und intakte Natur erleben kann - saubere und klare Bäche, grüne und gesunde Wälder. In der die Energieversorgung sicher und das Leben bezahlbar ist. In der fossile Konzerne ihre Profite nicht auf Kosten der nachfolgenden Generationen generieren. Klimaschutz ist die direkte Konsequenz aus dem Wissen, dass wir nur eine Erde haben – und diese von unseren Kindern nur geborgt ist.

Er ist gleichzeitig die Antwort auf die Sorgen, die viele Menschen in diesem Land umtreiben: Kann ich meine Heizrechnung auch kommendes Jahr noch bezahlen? Kann ich darauf bauen, meinen Industrijob auch in fünf Jahren noch zu haben? Ist mein Haus sicher vor Überschwemmungen?

Konsequenter Klimaschutz ist damit die zentrale Aufgabe unserer Zeit. Klimaschutz entscheidet über wirtschaftliche Stärke, soziale Sicherheit, körperliche wie seelische Gesundheit, internationale Stabilität und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Wer meint, Klimaschutz sei Nischenthema und Schönwetterpolitik, wer Klimaschutz jetzt ausbremst, verspielt nicht nur ökologische Ziele, sondern gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt, die Zukunftsfähigkeit unseres Landes und nicht zuletzt unsere Sicherheit und unseren Frieden.

Die ökologischen Krisen verschärfen sich dramatisch – von der Erderhitzung bis zum Artensterben, verursacht durch Raubbau an Böden, Wäldern und Meeren. Zugleich wird in Zeiten wachsender geopolitischer Spannungen einmal mehr deutlich, wie abhängig wir von Gas und Öl aus autokratischen Staaten sind – eine Abhängigkeit, die wir nur durch konsequente Klimapolitik beenden können. In dieser Lage entscheidet konsequentes Handeln darüber, ob Deutschland und Europa gestärkt aus den Krisen hervorgehen – oder an ihnen scheitern.

In den vergangenen mehr als 45 Jahren haben wir gezeigt, dass entschlossene Politik wirkt – aus der Opposition heraus genauso wie in Regierungsverantwortung. Als wir vor 25 Jahren das Erneuerbare-Energien-Gesetz auf den Weg gebracht haben, war damit die Hoffnung verbunden, eine weltweite Energie-Revolution zu starten. Und was ist passiert? Unsere optimistischsten Annahmen wurden übererfüllt. Wir generieren nicht nur in Deutschland schon heute mehr als die Hälfte des Stroms aus Erneuerbaren – 2025 war auch das erste Jahr, in dem global mehr Energie aus Wind und Sonne als aus Kohle gewonnen wurde. Das ist ein riesiger Erfolg, auf den wir stolz sind. Der von uns begonnene Weg der Förderung der Erneuerbaren war und ist Exportschlager.

Auch in der letzten Bundesregierung haben wir zentrale Weichen gestellt, damit Deutschland seine Klimaziele erreicht: Wir haben den Ausbau der Erneuerbaren und der Netzinfrastruktur massiv beschleunigt, das Miet- und Wohneigentumsrecht ins

40 solare Zeitalter gebracht, den Kohleausstieg konkretisiert, den Europäischen
41 Green Deal mit auf den Weg gebracht, neue Instrumente wie Klimaschutzverträge
42 zum Umbau der Industrie etabliert und mit dem Aktionsprogramm Natürlicher
43 Klimaschutz das bislang größte Programm für die Renaturierung von Mooren und
44 Gewässern, die Wiederherstellung von Grünzügen und den Umbau von Wäldern
45 geschaffen. Wir haben eine historisch einmalige Energiekrise nach Putins
46 Angriffskrieg in der Ukraine bewältigt und zugleich gezeigt, wie der Weg hin zu
47 mehr Klimaschutz konkret umsetzbar ist – auch gegen erhebliche Widerstände. Das
48 war nicht immer einfach – und sicherlich wurden dabei auch Fehler gemacht. Das
49 Gute: Deutschland war auf Kurs, das 2030-Klimaziel zu erreichen. Diese Bilanz
50 zeigt: Politik macht einen Unterschied – und wir sind der Erderhitzung nicht
51 ohnmächtig ausgeliefert.

52 Die schwarz-rote Bundesregierung droht all diese Erfolge zu verspielen. Sie
53 erkennt ökologische Transformation nicht als strategische Aufgabe, sondern
54 behandelt sie wie eine Störung des Status quo. Während andere Staaten vorangehen
55 und den klimaneutralen Umbau ihres Wirtschaftssystems konsequent voranbringen,
56 riskiert die Bundesregierung, den Wirtschaftsstandort Deutschland vom
57 wesentlichen Innovationstreiber der nächsten Jahrzehnte abzukoppeln. Klimaziele
58 werden europäisch wie national infrage gestellt, soziale Spaltungen vertieft,
59 europäische Einigung geschwächt. Blockade und Verantwortungslosigkeit prägen
60 diese Politik im Rückwärtsgang.

61 Zehn Jahre nach dem Pariser Klimaabkommen braucht es ein starkes politisches und
62 wirtschaftliches Signal für internationale Zusammenarbeit. Trotzdem hat die
63 Regierung Merz verhindert, dass Europa geschlossen und ambitioniert zur
64 diesjährigen Weltklimakonferenz fährt. Im Verbund mit Rechtspopulisten und der
65 fossilen Lobby schickt sie sich an, die gesamte europäische Klimaarchitektur zu
66 Fall zu bringen, den Green Deal. Dieser enthält die wichtigsten Instrumente, um
67 die soziale und wirtschaftliche Zukunft unseres Kontinents zu gestalten und
68 damit die europäischen Klimaziele zu erreichen. Dazu zählt auch das Verbrenner-
69 Aus für Autos und das europäische Emissionshandelssystem ETS 1 und ETS 2, das
70 die Emissionen in Europa effektiv begrenzt.

71 Hinter dieser Politik stehen nicht nur Ignoranz oder das „Prinzip Hoffnung“,
72 sondern auch organisierte Interessen. Die, deren Macht auf der Ausbeutung
73 fossiler Energien beruht, rückwärtsgewandte Teile der Industrie, fossile
74 Energiekonzerne, reaktionäre Thinktanks und rechtspopulistische Kräfte verfolgen
75 ein gemeinsames Ziel: Sie wollen die ökologische Modernisierung unseres Landes
76 aufhalten, um ihre fossilen Geschäftsmodelle und ihren Einfluss zu schützen.
77 Anti-Klima-Mobilisierung ist kein deutsches Einzelphänomen. Sie ist Teil des
78 politischen Werkzeugkastens autoritärer und rechtspopulistischer Bewegungen –
79 von Donald Trump bis Viktor Orbán. Ökologische Politik ist immer auch eine Frage
80 politischer Auseinandersetzung darum, wer wir als Gesellschaft sein, was wir
81 unseren Kindern und Enkeln hinterlassen wollen: eine intakte Umwelt, die ihnen
82 die Chance gibt, sich zu verwirklichen und in Wohlstand zu leben, oder eine
83 Welt, in der einige wenige sich auf Kosten der Lebenschancen der Menschen und
84 des Planeten bereichern haben.

85 Diese Auseinandersetzung ist nicht entschieden, und es lohnt sich, zu kämpfen –
86 gegen eine fossile Lobbymacht, die eine teure Politik des Nichtstuns oder gar
87 des Rückschritts als zukunftsweisend verkauft.

88 Der ökologische Rollback der Regierung Merz bleibt nicht unbeantwortet. Überall
89 im Land formieren sich neue Allianzen: bei neuen Gasbohrprojekten bei Borkum, in
90 Oberbayern oder vor den Stränden Mecklenburg-Vorpommerns; bei den Menschen, die
91 sich vor den Kosten der unkalkulierbaren fossilen Abhängigkeit schützen wollen;
92 bei Städten und Gemeinden, die auf Windenergie und Solarprojekte setzen und
93 damit an vielen Stellen zur Sanierung ihrer Haushalte beitragen. Die eine
94 moderne kommunale Wärmeplanung vorantreiben und dafür klare Rahmenbedingungen
95 und weiterhin die finanzielle Unterstützung des Bundes brauchen. Und nicht
96 zuletzt in den vielen Unternehmen, die mit Wissen und Know-how nachhaltige
97 Geschäftsmodelle vorantreiben.

98 Denn es gibt eine andere Wirklichkeit – auch in der Wirtschaft selbst. Überall
99 in Deutschland investieren und entwickeln Marktführer, mittelständische
100 Unternehmen, Hidden Champions und Start-ups in klimaneutrale und
101 ressourcenschonende Technologien, Kreislaufwirtschaft und nachhaltige
102 Geschäftsmodelle. Sie schaffen Jobs und eröffnen Chancen. Sie zeigen, dass
103 wirtschaftlicher Erfolg und ökologische Verantwortung zusammengehören – und dass
104 aus Klimaschutz wirtschaftliche Stärke werden kann. An ihrer Seite stehen wir:
105 für eine Politik, die ökologische Innovation fördert, statt fossile
106 Geschäftsmodelle zu verlängern. Wir wollen, dass Deutschland diese starke
107 Position ausbaut und zum weltweiten Leitmarkt für Green Tech wird. Unser Ziel
108 ist eine Wirtschaft, die unabhängig von fossilen Energien, ressourcenschonend
109 und international wettbewerbsfähig ist – als Teil einer ökologischen Moderne.

110 Es lohnt sich, gerade jetzt für ambitionierte ökologische Politik einzustehen.
111 Die Rettung unserer natürlichen Lebensgrundlagen ist kein Selbstläufer, der
112 Kampf um unsere Zukunft aber auch noch nicht verloren. Jedes Zehntel Grad, das
113 wir an Erderhitzung verhindern können, rettet Lebenschancen. Jedes Zehntel Grad
114 entscheidet über die Freiheitsrechte unserer Kinder. Jedes Zehntel Grad ist ein
115 Antrieb für uns, uns zu engagieren. Und wir haben beim Zukunftsentscheid in
116 Hamburg gesehen, dass ambitionierte Klimapolitik weiter Mehrheiten mobilisiert -
117 und Menschen bereit und motiviert sind, für eine gute Zukunft auf die Straße und
118 ins Wahllokal zu gehen. Dieser Erfolg bestärkt und motiviert uns.

119 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind Teil eines breiten Bündnisses für Fortschritt und
120 Klimaschutz. Gemeinsam stellen wir uns der Rückschrittpolitik der
121 Bundesregierung entgegen. Wenn Klimaschutz sabotiert wird, findet das unseren
122 Widerspruch und unseren Widerstand – im Parlament und auf der Straße. Wir
123 stellen einer solchen Politik einen klaren Plan entgegen: soziale, gerechte
124 ökologische Politik, öffentliche und private Investitionen in Zukunftsbranchen,
125 Unterstützung und Befreiheit für die Modernisierung der Wirtschaft.

126 Unsere Leitidee: Klimaschutz, wirtschaftliche Modernisierung, sozialer
127 Zusammenhalt, Sicherheit und Freiheit gehören zusammen. Wer Klimaziele erreichen
128 will, muss sie gerecht gestalten. Wer Wohlstand sichern will, muss in
129 Zukunftsbranchen investieren und Innovation erleichtern. Wer in Europa bestehen
130 will, darf nicht spalten, sondern muss aktiv mitgestalten.

131 Die Bundesregierung muss den Europäischen Green Deal und die europäischen
132 Klimaziele aktiv verteidigen. Sie muss sich jedem Versuch entgegenstellen,
133 Emissionsreduktionen oder sektorale Ziele – etwa in der Automobilindustrie –
134 zurückzudrehen. Klare, verlässliche Rahmenbedingungen sind gerade jetzt
135 entscheidend, um Investitionen auszulösen und die Modernisierung der

136 europäischen Wirtschaft voranzubringen. Der Staat kann als Ankerkunde für grüne
137 Produkte Leitmärkte schaffen und gleichzeitig durch Forschungsförderung und
138 regulatorische Erleichterung private Investitionen anreizen und Hürden für
139 Innovation abbauen.

140 Als zentraler Hebel für die effektive Reduktion klimaschädlicher Emissionen hat
141 sich der Europäische Emissionszertifikatehandel ETS bewiesen. Denn die Ausgabe
142 von Emissionszertifikaten begrenzt die CO₂-Emissionen zielsicher und verbindlich
143 in ganz Europa. Das ist besonders im deutschen Interesse, da wir ohnehin
144 verfassungsrechtlich zu strengem Klimaschutz verpflichtet sind. Der ETS 1 für
145 Industrie und Kraftwerke muss auf seinem Pfad bleiben, um seine volle
146 Steuerungswirkung auch weiter zu entfalten. In den Sektoren, die im
147 Zertifikatehandel erfasst sind, sind die Erfolge sichtbar: Hier sind die
148 Emissionen in den vergangenen Jahrzehnten deutlich zurückgegangen.

149 In der Energiewirtschaft hat der Emissionshandel den Umstieg von der Kohle hin
150 zu Erneuerbaren bewirkt, in der Industrie Modernisierung und Forschung an
151 emissionsarmen Produktionsprozessen beschleunigt. Es ist richtig und notwendig,
152 dass die Sektoren Verkehr und Gebäude mit dem ETS 2 ebenfalls Teil dieser
153 verbindlichen Klimaschutzarchitektur werden – sie sind bislang nicht auf dem
154 richtigen Pfad.

155 Allerdings darf hier der CO₂ -Preis nicht zum zentralen Instrument der
156 Treibhausgasminderung werden. Denn die CO₂ -Vermeidungskosten liegen bei
157 Gebäuden und Verkehr viel höher als etwa im Bereich der Kraftwerke. Vielmehr ist
158 entscheidend, dass die Transformation im Bereich Gebäude und Verkehr auch ohne
159 hohe CO₂ -Preise erfolgreich wird. Wir wollen daher die Verbindlichkeit des ETS
160 mit bezahlbaren Preisen verbinden.

161 Das gelingt durch einen intelligenten Instrumentenmix aus Preisanreizen,
162 gezielter Förderung von Umbau und Modernisierung und klaren ordnungsrechtlichen
163 Vorgaben. An diesem Instrumentenmix halten wir fest. Friedrich Merz hingegen ist
164 unehrlich: Zum einen will er Klimaschutz allein über den Preis regeln – das ist
165 sozial ungerecht und wird dazu führen, dass die Akzeptanz für ausreichend
166 ambitionierte Politik verloren geht. Zum anderen greift er dann die Preise an,
167 sodass am Ende nur die Option bleibt, den Emissionshandel zu schwächen. Wer
168 Emissionshandel als alleiniges Steuerungsinstrument will, will nicht, dass er
169 bleibt.

170 Klimaschutz sozial gerecht gestalten

171 Eine um mehrere Grad Celsius erhitzte Welt bedeutet: weniger Gerechtigkeit,
172 weniger Freiheit, weniger Chancen für uns und unsere Kinder – und mehr und
173 brutalere Konflikte. Klimaschutz ist allein deshalb die zentrale
174 Gerechtigkeitsfrage unserer Zeit. Klimaschutz ist Generationengerechtigkeit,
175 globale Gerechtigkeit und soziale Gerechtigkeit zugleich. Wer wenig hat, hat
176 auch weniger Chancen, sich an die Erderhitzung anzupassen – während sich Reiche
177 oft von den Folgen freikaufen können. Nichtstun verschärft Ungleichheiten,
178 Ungerechtigkeiten und Konflikte.

179 Klimaschutz kann gelingen, wenn die infrastrukturellen Rahmenbedingungen
180 individuelle Entscheidungen für eine klimafreundliche Lebensweise ermöglichen.
181 Er wird aber nur dann breite gesellschaftliche Akzeptanz erfahren, wenn er
182 gerecht gestaltet wird, wenn es sich alle leisten können und etwas davon haben.
183 Das ist keine Selbstverständlichkeit, denn viele Technologien, die mittel- und
184 langfristig deutliche Einsparungen und ein Mehr an Lebensqualität bringen, sind
185 bei der Anschaffung teuer – nicht jede*r kann sie sich leisten und ist in der
186 Zwischenzeit mit steigenden Energiepreisen konfrontiert.

187 Das verlangt entschiedenes Handeln jetzt. Doch die Bundesregierung tut nichts
188 dafür – im Gegenteil: Sie schiebt den Klimaschutz auf die lange Bank, und das
189 Klimageld gleich mit. So lässt sie die Menschen mit den Folgen der Klimakrise,
190 aber auch mit ihrer Bewältigung allein. Sie gefährdet mit diesem Kurs nicht nur
191 den Erfolg des ETS 2, sie untergräbt auch das Vertrauen in die ökologische
192 Transformation insgesamt. Anstatt soziale Sicherheit zum Rückgrat ambitionierter
193 Klimapolitik zu machen, lässt sie Haushalte mit niedrigen und mittleren
194 Einkommen allein und spielt so den Gegner*innen konsequenten Klimaschutzes in
195 die Hände.

196 Klimageld einführen - Haushalte entlasten

197 Der Emissionshandel und die damit verbundene Bepreisung von CO₂-Emissionen sorgt
198 für ehrliche Preise und belohnt die, die in Klimaschutz investieren oder aus
199 anderen Gründen nichts oder nur wenig zur weiteren Erderhitzung beitragen. Da
200 noch nicht alle zum Start des europäischen Emissionshandels ETS 2 mit
201 Wärmepumpen, E-Autos und Niedrigenergiehäusern ausgestattet sein werden,
202 brauchen wir zum Ausgleich endlich ein sozial und regional gestaffeltes
203 Klimageld.

204 Die schwarz-rote Koalition hat das Klimageld faktisch beerdigt – obwohl es in
205 den Wahlprogrammen angekündigt wurde. Damit verspielt sie Glaubwürdigkeit und
206 gefährdet die politische Akzeptanz des CO₂-Preises. Der für ein Klimageld
207 notwendige Auszahlungsmechanismus ist inzwischen technisch bereit. Jetzt muss
208 die Bundesregierung den politischen Willen aufbringen, das Klimageld umzusetzen
209 – als direkten, jährlichen Rückfluss von Teilen der Einnahmen aus der CO₂-
210 Bepreisung. Es schafft einen Ausgleich für Menschen mit niedrigen und mittleren
211 Einkommen. Sie werden entlastet, während Vielverbraucher*innen einen größeren
212 Teil der Transformationskosten tragen. Wir fordern die Bundesregierung auf, das
213 Klimageld sofort startklar zu machen und 2027 erstmals auszuzahlen.

214 Förderprogramme sozial und regional gerecht gestalten

215 Moderne klimafreundliche Technologien wie Wärmepumpen, Geothermie oder
216 energetische Gebäudesanierungen entlasten nach einigen Jahren durch geringere
217 Verbrauchskosten, sind aber in der Anschaffung teuer. Damit auch Menschen mit
218 geringem Einkommen und Vermögen den Umstieg starten können, müssen
219 Förderprogramme konsequent auf Haushalte mit niedrigen und mittleren Einkommen
220 ausgerichtet werden. Wer wenig hat, erhält die höchste Förderung,
221 einkommensstarke Haushalte entsprechend weniger. Dieses Prinzip findet bisher
222 ausschließlich bei der Förderung für Heizungen aus erneuerbaren Energiequellen –
223 also etwa Wärmepumpen – Anwendung. Es ist aber auch für andere
224 Modernisierungsmaßnahmen richtig.

225 Für den Erfolg der ökologischen Modernisierung unseres Landes sind unsere Städte
226 und Gemeinden unerlässlich: Wir kämpfen im Bund und in den Ländern weiter dafür,
227 dass die Kommunen aus den Einnahmen aus erneuerbaren Energien einen gerechten
228 Anteil erhalten und sie mit gezielten Förderprogrammen dabei unterstützt werden,
229 ihre kommunale Wärmeplanung Wirklichkeit werden zu lassen: Mit
230 Investitionszuschüssen wollen wir mehr bezahlbare Fernwärme aus erneuerbaren
231 Energiequellen, lokale und nachhaltige Nahwärmenetze und dezentrale Lösungen
232 ermöglichen, die kommunal gut begleitet werden. So schaffen wir für Städte und
233 ländliche Regionen örtlich angepasste Lösungen.

234 Für Vermieter*innen müssen attraktive Anreize geschaffen werden, verbunden mit
235 einer klaren Begrenzung der Modernisierungsumlage, damit Warmmieten nicht
236 steigen. Insbesondere private Vermieter*innen werden wir bei der energetischen
237 Sanierung weiter verlässlich mit Förderzuschüssen unterstützen und
238 kostengünstige serielle Sanierungsverfahren voranbringen. Mit dem CO₂-Kosten-
239 Aufteilungsgesetz haben wir in der Ampel dafür gesorgt, dass Vermieter*innen
240 einen eigenen Anreiz haben, die Kosten für die Gebäudewärme für ihre
241 Mieter*innen gering zu halten. Je energieeffizienter ein Haus ist, desto
242 geringer ist der Vermieteranteil am CO₂-Preis. Wir wollen dieses im Grundsatz
243 richtige Stufenmodell im Zuge des Übergangs vom nationalen CO₂-Preis in den ETS
244 2 weiterentwickeln. Um die für die Erreichung der Klimaziele notwendige
245 Sanierungsquote zu erreichen und Mieterinnen und Mieter vor steigenden CO₂-
246 Kosten zu schützen, wollen wir perspektivisch im Zuge der Einführung des ETS 2
247 den Mieteranteil bei Wohnungen und Häusern mit überdurchschnittlich hohen CO₂-
248 Emissionen verringern. Erst, wenn ein Gebäude maximal 32kg CO₂ pro m² und Jahr
249 ausstößt, soll der CO₂-Preis auch anteilig auf die Mieter*innen umgelegt
250 werden. Das bedeutet: Wer nicht saniert, zahlt mehr als bisher - wer seine
251 Mieter*innen vor Energiekostensteigerungen schützt, wird belohnt.

252 Die Bundesregierung darf nicht länger warten, einen Plan vorzulegen, wie die
253 mehr als fünf Milliarden Euro aus dem europäischen Klima-Sozialfonds gezielt für
254 Haushalte mit wenig Einkommen eingesetzt werden.

255 **Bahn stärken – saubere Mobilität für alle ermöglichen**

256 Eine moderne Wirtschaft braucht eine zuverlässige, bezahlbare Bahn. Die
257 Investitionen in die Sanierung und Digitalisierung der Bahninfrastruktur, den
258 Aus- und Neubau von Bahnstrecken sowie die Modernisierung von Bahnhöfen müssen
259 mindestens verdoppelt und für zehn Jahre gesichert werden. In der Ampel-
260 Regierung haben wir es geschafft, dass erstmals mehr Geld in die Schiene als in
261 die Straße geflossen ist. Und wir haben den Finanzierungskreislauf Straße
262 durchbrochen – Einnahmen aus der Lkw-Maut sind endlich auch in die
263 Bahninfrastruktur geflossen. Beide Erfolge werden unter Schwarz-Rot
264 zurückgedreht. Wir fordern die Bundesregierung auf, diese Bahn-feindliche
265 Politik zu beenden.

266 Auch beim Deutschlandticket braucht es eine stärkere Beteiligung des Bundes,
267 damit der Preis wieder auf 49 Euro sinken kann - denn das ist unser Ziel.
268 Während Deutschland die teuersten Autobahnkilometer der Welt baut, fehlt es an
269 einer funktionierenden Bahn sowohl im Fernverkehr wie auch regional – eine
270 enorme Belastung für Pendler*innen und Unternehmen. Die neue Bahnstrategie muss

271 endlich mit einem Maßnahmenpaket zur Fachkräftenwerbung und Baubeschleunigung
272 hinterlegt werden.

273 Gute Arbeit sichern – Sicherheit im Wandel schaffen

274 Verlässliche Beschäftigung ist essenziell für sozialen Zusammenhalt. Wir setzen
275 uns gemeinsam mit den Gewerkschaften für eine gestärkte Tarifbindung, einen
276 wirklich armutsfesten Mindestlohn und gute Arbeitsbedingungen in allen Branchen
277 ein. Arbeit darf nicht krank machen – sie muss Sicherheit und Würde bieten. Gute
278 Arbeit ist die soziale Basis jeder erfolgreichen Transformation.

279 Der Wandel gelingt nur, wenn er Sicherheit bietet. Dafür brauchen wir einen
280 verbindlichen Transformationsfonds, eine umfassende Qualifizierungsoffensive mit
281 Anspruch auf Mitbestimmung, Schutz bei Arbeitsplatzverlust sowie gezielte
282 Förderung für von Strukturwandel betroffene Regionen. Ein verlässliches soziales
283 Netz muss Menschen in allen Lebenslagen schützen – bei Arbeitslosigkeit,
284 Krankheit und Pflege. So entsteht Vertrauen in Veränderung und der Glaube:
285 Niemand bleibt zurück.

286 Gesundheitsschutz stärken - Kommunen bei der Klimaanpassung 287 unterstützen

288 Sozial gerechter Klimaschutz bedeutet auch, Schutzmaßnahmen gegen
289 Extremwetterereignisse wie Hitze und Überschwemmungen konsequent auszubauen.
290 Daten bestätigen, dass Hilfesysteme, medizinische Einrichtungen,
291 Bildungseinrichtungen, Sportvereine und viele andere die zunehmende
292 Wärmebelastung und die damit verbundenen gesundheitlichen Konsequenzen zunehmend
293 zu spüren bekommen. Wir wollen den Gesundheitsschutz insbesondere von
294 vulnerablen Gruppen wie Kleinkindern, älteren Menschen, gesundheitlich
295 vorbelasteten Menschen und Schwangeren sukzessive stärken. Durch moderne
296 Gestaltung wie baulichen Hitzeschutz, die Entsiegelung von Flächen, Planung
297 grüner Oasen in stark versiegelten Räumen, aber auch die Modernisierung von
298 Fahrzeugen im ÖPNV, Notfallpläne und Hitzeberatung wirken wir den Risiken von
299 Hitzschlag, Dehydration und hitzebedingter Krankheiten entgegen. Ebenso gilt es,
300 auf die Bedrohung durch Überschwemmungen mit Maßnahmen wie naturnahen
301 Flussläufen, Schwammstadtkonzepten und mehr Entsiegelung zu reagieren.

302 Verantwortung einfordern – fossile Subventionen abbauen, 303 Verursacher beteiligen

304 Wer Klimagerechtigkeit ernst meint, darf fossile Fehlanreize nicht länger
305 hinnehmen. Noch immer fließen Milliarden in klimaschädliche Vergünstigungen für
306 Diesel, Dienstwagen und Kerosin. Diese Mittel fehlen bei der Finanzierung des
307 Klimageldes, beim sozialen Ausgleich und bei Zukunftsinvestitionen. Wir fordern
308 die Bundesregierung auf, beim sozialverträglichen Abbau klimaschädlicher
309 Subventionen substanziell voranzukommen und die freiwerdenden Mittel konsequent
310 in Klimageld, Wärmewende und öffentliche Mobilität umzuleiten.

311 Wir stehen für das Verursacherprinzip. Wer massive ökologische wie ökonomische
312 Schäden verursacht, darf mit diesem Geschäftsmodell keine unverhältnismäßigen
313 Gewinne machen. Wir erwarten, dass fossile Unternehmen stärker an den Kosten der

314 Klimaschäden und der Klimaanpassung in den Kommunen beteiligt werden.
315 Unternehmen, die Gewinne aus Ausbeutung und Verkauf von Öl, Kohle und Gas
316 erzielen, werden wir verpflichtet, entsprechende Beträge in einen Fonds
317 einzuzahlen, mit dem Kommunen bei der Bewältigung von Klimaschäden und bei
318 Investitionen in die Klimaanpassungsmaßnahmen unterstützt werden. Wir werden
319 deshalb die Möglichkeit schaffen, dafür Abgaben von den entsprechenden
320 Unternehmen zu erheben. Dazu erarbeiten wir verschiedene Optionen. So entsteht
321 eine Klimapolitik, die gerecht, wirksam und mehrheitsfähig ist – eine Politik,
322 die niemanden überfordert, sondern alle einlädt, Teil der Lösung zu sein.

323 **Wirtschaft modernisieren – Klimaziele als** 324 **Standortstrategie**

325 Das deutsche Wirtschaftsmodell – der Dreiklang aus vermeintlich billigen
326 Gasimporten, schier unendlich wirkenden Absatzmärkten in China und der
327 Auslagerung der Verantwortung für unsere Sicherheit an die USA – steckt in einer
328 tiefen strukturellen Krise und hat sich spätestens mit Beginn der Zeitenwende
329 überholt. Die Exportabhängigkeit, die lange ein Erfolgsmodell war, wird zur
330 Schwachstelle. Die Absatzmärkte in China und den USA verändern sich rapide. Die
331 Abhängigkeit von billigem Gas ist nicht überwunden. Und viele Branchen, aber
332 auch die Politik haben zu lange auf alte Technologien gesetzt, statt rechtzeitig
333 auf Zukunftsmärkte zu reagieren. In der aktuellen Lage herrscht nicht zuletzt
334 wegen der anhaltend schlechten Standortbedingungen große
335 Investitionszurückhaltung. Wer nicht weiß, wie sein Unternehmen die nächsten
336 Jahre überleben soll, investiert nicht in die darauffolgenden Jahrzehnte.

337 Überall in Deutschland haben sich Unternehmen aufgemacht, ihre Geschäftsmodelle
338 und Produktionsprozesse weiterzuentwickeln und auf Nachhaltigkeit und
339 Klimaschutz auszurichten. Sie sind unsere Partner und Verbündeten im Kampf gegen
340 die Erderhitzung und verdienen unsere Unterstützung auf diesem Weg. Doch genau
341 diese Unternehmen schauen unter Schwarz-Rot in die Röhre, weil ihnen die
342 Planungs- und Investitionssicherheit entzogen wird. Von dieser Entwicklung
343 profitieren diejenigen, die in der Phase des klimapolitischen Aufbruchs
344 abgewartet, verzögert oder sogar aktiv bekämpft haben.

345 Ehrlichkeit heißt auch, klar zu benennen: Geschäftsmodelle, die auf der
346 Bereitstellung, dem Transport oder der Verbrennung fossiler Energien beruhen,
347 werden enden, wenn wir unsere Lebensgrundlagen erhalten wollen.

348 Während andere Länder industriepolitisch klare Modernisierungsziele formuliert
349 und ihre Rahmenbedingungen an den Herausforderungen der Zukunft ausgerichtet
350 haben, haben deutsche Bundesregierungen es sich zusammen mit einigen
351 Großunternehmen oft bequem gemacht. Junge Unternehmen und Zukunftsbranchen –
352 etwa die Solar- oder Chipindustrie – wurden zu lange übergangen. Heute ist
353 Deutschland in Teilen stark in den Technologien von gestern, während die USA und
354 China bei den Technologien von morgen – von E-Mobilität über Batterien bis zur
355 KI – vorn liegen.

356 Deutschland kann diesen Rückstand aufholen, wenn es jetzt entschlossen handelt.
357 Wir haben exzellente Forschung, Erfahrung in der Entwicklung von Technologien
358 und industrielle Kompetenz – und mit dem europäischen Binnenmarkt einen
359 gewaltigen Hebel. Mit dem Sondervermögen für Klima und Infrastruktur bestehen

360 historische Investitionsmöglichkeiten, um einen echten Modernisierungsschub
361 einzuleiten.

362 Wir wollen die Finanzmärkte als Motor der Modernisierung nutzen. Kapitalströme
363 dürfen nicht länger fossile Geschäftsmodelle absichern, sondern müssen gezielt
364 in klimafreundliche und faire Wirtschaftsaktivitäten gelenkt werden. Dafür
365 wollen wir Greenwashing konsequent unterbinden, verbindliche
366 Nachhaltigkeitskriterien für Finanzprodukte einführen und Klimarisiken in die
367 Bankenaufsicht integrieren.

368 Wir setzen uns für die Weiterentwicklung der EU-Taxonomie ein, die fossile
369 Energien klar ausschließt und glaubwürdige Standards für nachhaltige
370 Finanzprodukte schafft. Nur wenn das Finanzsystem klima- und sozialgerecht
371 aufgestellt ist, gelingt die Transformation unserer Wirtschaft. Diese
372 Transformation bringt für die Unternehmen große Herausforderungen mit sich.
373 Viele tätigen mutige und mitunter riskante Investitionen, aus Verantwortung und
374 unternehmerischer Weitsicht. Wir wollen sie auf diesem Weg unterstützen und
375 nicht mit zusätzlicher Bürokratie belasten. Die Taxonomie wollen wir deshalb so
376 gestalten, dass sie mehr Unternehmen erfasst und besonders Berichtspflichten
377 deutlich reduzieren, vereinfachen und vereinheitlichen.

378 Forschung, Entwicklung und Skalierung in der Clean-Tech-Branche treiben wir
379 voran und stärken Anreize für privates Kapital, für start ups, scale ups und den
380 Mittelstand. Wo regulatorische Hürden klimafreundliche Innovation verhindert,
381 wie bei der Kreislaufwirtschaft, schaffen wir diese Hürden ab. Innovation hat
382 aufgrund der Dringlichkeit Vorrang.

383 Durch Digitalisierung können nachhaltige Geschäftsmodelle entstehen, ob das der
384 digitale Zwilling in der Produktion ist, der autonom fahrende Kleinbus in
385 ländlichen Regionen, oder das digitale Stromnetz. Daher wollen wir gerade an
386 dieser Schnittstelle Innovationen erleichtern und gleichzeitig für nachhaltige
387 Rechenzentren sorgen.

388 **Sondervermögen und Klima- und Transformationsfonds gezielt**
389 **nutzen**

390 Der Klima- und Transformationsfonds (KTF) ist das finanzielle Rückgrat der
391 ökologischen Modernisierung. Er kann – genauso wie das neu geschaffene
392 Sondervermögen – seine volle Modernisierungswirkung aber nur entfalten, wenn
393 seine Einnahmen konsequent für den wirtschaftlichen Umbau oder Förderungen
394 ausgegeben werden, die direkt im Alltag der Bürger*innen wirken – wie die
395 Heizungsförderung, die energetische Stadtsanierung oder Energiesparchecks. Die
396 Umwidmung des KTF etwa zur Ansiedelung einzelner Unternehmen steht diesem Ziel
397 entgegen.

398 Schwarz-Rot setzt diese Schieflage fort, anstatt sie zu korrigieren – und öffnet
399 zugleich neue Schlupflöcher, die Klimaschutz offen konterkarieren. Zwar konnten
400 wir verhindern, dass, wie ursprünglich von Lars Klingbeil geplant,
401 Strafzahlungen für verfehlte Emissionsziele aus dem Fonds bestritten werden. Die
402 jüngste Gesetzesänderung erlaubt es aber, über den KTF künftig auch
403 Gaspreissenkungen zu finanzieren. Bereits 2025 werden über die Gasspeicherumlage
404 Mittel des Fonds dafür genutzt. Auch Posten wie die Finanzierung von
405 Kernfusionsforschung haben in einem Klimafonds nichts verloren.

406 Mit den aus dem KTF finanzierten Klimaschutzverträgen haben wir die
407 Investitionsrisiken der Unternehmen reduziert, die sich für den
408 klimafreundlichen Umbau ihrer Produktionsprozesse entscheiden. Die Absicherung
409 der Differenzkosten zwischen konventioneller und emissionsarmer Produktion trägt
410 dazu bei, dass ein Business Case für grüne Produktion entsteht. Durch grünen
411 Druck ist es gelungen, die Klimaschutzverträge weiterzuführen - und das, obwohl
412 Katherina Reiche sie lieber hätte auslaufen lassen. Wir wollen die
413 Klimaschutzverträge pragmatisch, mittelstandsfreundlich und bürokratiearm
414 weiterentwickeln.

415 Mit dem Sondervermögen für Klimaschutz und Infrastruktur haben wir die
416 Möglichkeit geschaffen, dass zentrale Modernisierungsprojekte gezielt
417 angeschoben werden können. Teile der Wirtschaft investieren schon jetzt in eine
418 klimaneutrale Produktion – genau zur richtigen Zeit: China beginnt, CO₂-
419 reduzierten Stahl nach Europa zu exportieren und erhöht so den Druck auf
420 heimische Produzenten. Anstatt diese Umstellung hin zu klimafreundlichen
421 Produktionsprozessen der Zukunft zielgerichtet mit den neuen Milliarden aus dem
422 Sondervermögen zu unterstützen, organisiert Schwarz-Rot

423 Wir wollen das Sondervermögen stattdessen strategisch für die sozial-ökologische
424 Transformation und als Hebel zur Schaffung klimafreundlicher Geschäftsmodelle
425 und grüner Leitmärkte in den europäischen Schlüsselbranchen einsetzen. Damit
426 strategisch wichtige Industriebranchen in Europa bleiben und klimafreundliche
427 Geschäftsmodelle durchstarten können, braucht es eine gesicherte Nachfrage durch
428 die Schaffung grüner Leitmärkte, die Investitionen anreizen und industrielle
429 Wertschöpfung auch in den kommenden Jahrzehnten in Europa halten.

430 Deshalb sollte zusammen mit dem Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaschutz
431 die Vergabe von öffentlichen Investitionen an Herkunftsnachweise und
432 Mindestanteile europäischer Wertschöpfung gebunden sein. So sollte etwa
433 festgelegt sein, dass mindestens zehn Prozent des verbauten Stahls
434 klimaneutraler Stahl aus Deutschland oder der EU sein müssen. Allein die
435 Deutsche Bahn als hundertprozentig bundeseigenes Unternehmen kann bei ihren
436 Investitionen aus dem Sondervermögen Vorreiterin darin sein, klimafreundlich
437 produzierte Güter made in Europe einzusetzen. So entstehen europäische
438 Leitmärkte, die Investitionen anreizen und europäische Wertschöpfung sichern.
439 Dieses Prinzip sollte auch in anderen strategisch wichtigen Branchen – etwa
440 Batterien, Wasserstoff oder klimaneutrale Grundstoffe – Anwendung finden.

441 Automobilindustrie zukunftsfähig machen

442 Teile der Automobilindustrie haben mit Unterstützung einer zögernden Politik
443 großer Koalitionen zu lange auf alte Modelle gesetzt und die Transformation
444 verschlafen. Nun droht sich dieser Fehler zu wiederholen. Während in anderen
445 Teilen der Welt die Elektromobilität auf dem Durchmarsch ist, diskutiert
446 Deutschland über die Zukunft des Verbrenners. Es ist falsch, dass Union und SPD
447 die europäische Einigung zum Verbrenner-Aus in Frage stellen. In der aktuellen
448 Absatzkrise braucht die Branche klare Leitplanken und gezielte Impulse für
449 klimaneutrale Innovationen: Die klare Orientierung, dass ab 2035 kein fossiler
450 Verbrenner mehr neu zugelassen wird, muss durch den Verkauf von E-Autos
451 anreizenden Maßnahmen ergänzt werden – etwa durch die Verbesserung und
452 Harmonisierung der Ladeinfrastruktur, die Senkung der Stromsteuer für alle, ein

453 Sonderbeschaffungsprogramm für Mobilität in Behörden und kommunalen Diensten,
454 sozial gestaffelte Leasingmodelle für Haushalte mit geringem Einkommen („Social
455 Leasing“) sowie eine auf klimafreundliche Fahrzeuge ausgerichtete Kfz-
456 Besteuerung. Wir wollen Menschen mit geringem Einkommen beim Umstieg auf die
457 Elektromobilität konkret unterstützen: Wer zum Pendeln oder auf dem Land auf das
458 Auto angewiesen ist und weniger als 40.000 Euro zu versteuerndes Jahreseinkommen
459 hat, zahlt für das Leasing eines elektrischen Kleinwagens maximal 100 Euro pro
460 Monat.

461 Wer strategisch wichtige Industriezweige in Deutschland und Europa halten will,
462 muss staatliche Förderung an Elektromobilität aus europäischer Wertschöpfung
463 binden. Wir setzen daher auf eine E-Auto-Kaufprämie und steuerliche Förderung
464 emissionsarmer Fahrzeuge, die besondere Anreize für Automodelle made in Europe
465 setzt. Zudem setzen wir uns für attraktive Kooperationen zwischen
466 Autoherstellern und Netzbetreibern ein, bei denen Privathaushalte mittels
467 bidirektionalem Laden bei ihrer Stromrechnung um mehrere Hundert Euro entlastet
468 werden.

469 Kohleausstieg vollenden - Gasunabhängigkeit strategisch 470 angehen

471 Deutschland hat mit dem Kohlekompromiss einen ersten Rahmen für einen geordneten
472 Ausstieg aus dem Abbau und der Verstromung von Kohle gesetzt. Auf grüne
473 Initiative ist es gelungen, den Kohleausstieg im Rheinischen Revier gesetzlich
474 und im Konsens mit den Betreibern auf 2030 vorzuziehen. Nun geht es darum,
475 diesen Ausstiegsplan konsequent umzusetzen. Auch in den mittel- und ostdeutschen
476 Kohlerevieren ist ein marktgetriebener früherer Ausstieg als 2038 möglich. Wir
477 halten es weiter für sinnvoll und notwendig, den Unternehmen, den Beschäftigten
478 und den Regionen durch eine gesetzliche Regelung Planungssicherheit zu geben,
479 damit etwa die Auszahlung der Strukturmittel an einen neuen Zeitplan angepasst
480 werden kann.

481 Um die Energieversorgung langfristig zu sichern und Preisschwankungen sowie
482 Abhängigkeiten zu vermeiden, braucht Deutschland aber auch eine klare
483 Gasunabhängigkeitsstrategie. Durch konsequenten Ausbau von Wind- und
484 Solarenergie, Elektrifizierung von Industrieprozessen, den Hochlauf der
485 Wasserstoffwirtschaft und Investitionen in Speichertechnologien kann der
486 Gasverbrauch in den kommenden Jahren halbiert werden. Das ist nötig, denn nur so
487 lässt sich die energiepolitische Abhängigkeit von teuren LNG-Importen aus den
488 USA und autokratisch regierten Staaten beenden. Die im Rahmen des Zoll-Deals
489 geplanten Investitionen von bis zu 750 Milliarden Euro für Trumps LNG-Gas lehnen
490 wir entschieden ab.

491
492 Zu einer Gasunabhängigkeitsstrategie gehört, die Bewilligung zur Förderung von
493 Gas (und Öl) zu begrenzen und keine neuen Gasfördergenehmigungen zu erteilen,
494 kein Vertragsgesetz für ein Unitarisierungsabkommen mit den Niederlanden
495 abzuschließen und die geplante Gas-Förderung vor Borkum abzusagen.

496 Es war richtig, nach der Vollinvasion Russlands in der Ukraine eine LNG-
497 Infrastruktur zu schaffen, um schnell die wegfallenden Lieferungen russischen
498 Erdgases zu ersetzen. Nun muss es darum gehen, diese Infrastruktur und ihre
499 Auslastung auf ein für die Versorgungssicherheit notwendiges Maß zu begrenzen.